

Kopie an: Herrn Bundespräsident Wahlen, Vorsteher des EPD;
 Herrn Bundesrat Schaffner, Vorsteher des EVD;
 HH. Botschafter Stopper; Botschafter Micheli; Dr. Homberger;
 Minister Long;
 DER VORSTEHER

DES
 EIDG. POLITISCHEN DEPARTEMENTES

Bern, den 29. 11. 1961

DER VORSTEHER
 des
 Eidgenössischen
 Volkswirtschaftsdepartementes

Herrn Minister Dr. A. Weismann
 Delegierter für Handelsverträge

B e r n

Herr Minister,

Die Probleme, die sich für die Schweiz aus der europäischen Integrationsbewegung ergeben, werden Bundesrat und Verwaltung in den kommenden Monaten immer stärker beschäftigen, da grundsätzlich in Aussicht genommen wird, vor Ende dieses Jahres ein Verhandlungsangebot bei der Europäischen Wirtschafts-Gemeinschaft (EWG) einzureichen. Im Hinblick auf eine allfällige Assoziation der Schweiz in geeigneter Form muss die Ausarbeitung einer schweizerischen Konzeption über die unseren Verhältnissen am angemessensten erscheinende Regelung beschleunigt fortgesetzt werden.

Die Vorbereitung der Richtlinien für die künftigen Verhandlungen und die Koordination der wirtschaftlichen Interessen wird Aufgabe der vom Direktor der Handelsabteilung, Herrn Botschafter Stopper, präsidierten Ständigen Wirtschaftsdelegation sein. Die Komplexität der Materie erfordert jedoch eingehende Vorabklärungen der einzelnen Fragengruppen. Wir haben beschlossen, zu diesem Zweck eine Reihe von Arbeitsgruppen zu bilden, die aus mit dem betreffenden Sachgebiet vertrauten Beamten der interessierten Departemente zusammengesetzt würden. Diese Arbeitsgruppen sind der obersten Leitung der Ständigen Wirtschaftsdelegation unterstellt, an die sie ihre Berichte erstatten. Es steht ihnen dabei ein gemeinsames zwischen dem Eidgenössischen Politischen Departement und dem Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement gebildetes Integrationsbüro unter Leitung von Herrn Minister Jelles, Delegierter für Handelsverträge, zur Orientierung über die Gesamtsammenhänge und den jeweiligen Stand der vorbereitenden Arbeiten zur Verfügung. Dieses Integrationsbüro wird für die Dokumentation der Arbeitsgruppen besorgt sein, die Sekretariatsfunktionen übernehmen und dafür Sorge tragen, dass die Unterbreitung der diskussionreifen Fragen an die Ständige Wirtschaftsdelegation laufend und dem allgemeinen Zeitplan entsprechend erfolgt.



Wir übertragen Ihnen die Leitung der Arbeitsgruppe

"Politische Standortbestimmung"

Die folgenden Herren sind zur Mitwirkung in dieser Arbeitsgruppe vorgesehen:

Herr Professor Edgar B e n j o u r

Herr Nationalrat Peter D ü r r e n m a t t

Herr Professor Jacques F r e y m o n d

Herr Professor Walther H e f e r

Herr Professor Herbert L ü t h y

Herr Nationalrat Olivier R e v e r d i n

Herr Minister Paul R ü e g g e r

Herr Minister Peter von S a l i s

Herr Professor J.R. von S a l i s

Herr Nationalrat Dr. Karl W i c k

Der Arbeitsgruppe würde Herr Botschafterrat Claude G a i l l a t als Sekretär zur Verfügung stehen.

Selbstverständlich können auch Teilnehmer zu den Sitzungen der Ständigen Wirtschaftsdelegation von Ihnen nach Bedarf zugezogen werden. Ferner sollen auch die übrigen Delegierten für Handelsverträge jederseits die Möglichkeit haben, den Sitzungen der Arbeitsgruppe beiwohnen, die auf Ihre Weisung vom Sekretär jeweils rechtzeitig festgesetzt und bekanntgegeben werden.

Das Mandat der Arbeitsgruppe

könnte in grossen Zügen folgendermassen warrissen werden:

Die Arbeitsgruppe "Neutralitätspolitik" und die Arbeitsgruppe "Politische Standortbestimmung" haben sich beide mit dem Problem zu befassen, die daraus entstehen, dass einerseits die Schweiz entschlossen ist, ihre traditionelle Politik der immerwährenden Neutralität fortzuführen, während andererseits in Hinblick auf unsere wirtschaftliche, kulturelle und menschliche Verbundenheit mit Europa engere Beziehungen zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft angestrebt werden. Die Arbeitsgruppe "Neutralitätspolitik" hat sich dabei mit den juristischen und institutionellen Aspekten dieser Probleme zu befassen; an der Arbeitsgruppe "Politische Standortbestimmung" hingegen ist es, die politischen Fragen näher

- 3 -

zu untersuchen, die sich aus dem Nebeneinander zwischen schweizerischer Neutralitätspolitik und engerer Bindung an die EWG ergeben.

Zu diesen politischen Fragen gehören u.a.:

in unserem Verhältnis zur Welt im allgemeinen

- politische Rechtfertigung der schweizerischen Neutralität und Unabhängigkeit in der gegenwärtigen weltpolitischen Situation;
- Möglichkeiten der schweizerischen Aussenpolitik, die Neutralität praktisch zur Geltung zu bringen und der Welt nutzbar zu machen;
- Möglichkeiten der ausdrücklichen Anerkennung des Prinzips und der Nützlichkeit der schweizerischen Neutralität durch die Weltmächte;
- Verfechtung der schweizerischen Politik gegenüber der öffentlichen Meinung innerhalb und ausserhalb der Schweiz.

in unserem Verhältnis zur EWG im besonderen

- a) Prüfung der Möglichkeiten einer aktiven Mitarbeit unseres Landes an der Bewahrung und Förderung des der Schweiz und der EWG gemeinsamen europäischen Patrimonioms, durch die Klöster.
 - der freiheitlichen und demokratischen Traditionen und Institutionen;
 - der wissenschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit;
 - der menschlichen Verständigung zwischen den Völkern Europas;
 - der wirtschaftlichen Integration (pro memoria, da dieser Problembereich Aufgabe aller andern Arbeitsgruppen zusammengefasst);
- b) Heranarbeitung des Unterschieds zwischen einerseits der Erfüllung vertraglich festgelegter wirtschaftlicher Verpflichtungen gegenüber der EWG und der fortgesetzten Zusammenarbeit mit ihr auf andern Gebieten, und andererseits der Aufrechterhaltung der politischen Handlungsfreiheit der Schweiz.

In Übrigen erschöpfen diese Fragen, die mehr illustrativen Charakter haben, keineswegs die Problematik und Ihre Gruppe kann und soll die Fragestellung präzisieren und ergänzen, wie sich dies für den Fortschritt der Arbeiten am zweckmässigsten erweist. Wesentlich ist vor allem, dass das Ergebnis der Studien der Arbeitsgruppen auf das angestrebte Ziel ausgerichtet

- 4 -

wird. Dieses besteht in einer objektiven Abklärung der sich mit Bezug auf die Teilnahme der Schweiz an der europäischen Integration stellenden Fragen und der Rückwirkungen einer allfälligen Assoziationsregelung auf unsere nationale Politik.

Wir bitten Sie, angesichts der Dringlichkeit der Vorbereitung der schweizerischen Stellungnahme zu veranlassen, dass die Arbeitsgruppe ihre Untersuchungen sofort aufnimmt. Das Ergebnis ihrer Untersuchungen wird bei der Ausarbeitung des neutralitätspolitischen Teils der ersten mündlichen Präsentation des schweizerischen Standpunktes gegenüber der EWG, die im Laufe des Monats Januar vorbereitet werden muss, besonders wertvoll sein. Wir wären Ihnen daher dankbar, wenn Sie der Ständigen Wirtschaftsdelegation vor dem 15. Januar 1962 eine erste Meinungsbekundung zustellen würden; ein umfassender schriftlicher Bericht sollte bis Ende Januar in den Besitz der Ständigen Wirtschaftsdelegation gelangen.

Wir hoffen sehr, dass es Ihnen trotz Ihrer starken anderweitigen Belastung möglich ist, diese wichtige Aufgabe zu übernehmen.

Gesehnen Sie, Herr Minister, die Versicherung unserer ausgesprochenen Hochachtung.